

Zur Aktion Schutzschild der Amadeu Antonio Stiftung:

Aktion Schutzschild entstand als Folge des erhöhten Schutzbedürfnisses von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen. In vielen Kommunen werden sie bedroht, beschimpft oder angegriffen. Die Aktion Schutzschild hat es sich deswegen zur Aufgabe gemacht, Flüchtlinge so gut wie möglich vor diesen Übergriffen zu schützen. Ihre Sicherheit steht daher im Mittelpunkt der Initiative.

Angriffen auf Flüchtlinge gehen meist andere Entwicklungen voraus. Hetze gegen Sammelunterkünfte, das Schüren von Ängsten, eine Eskalation der Stimmung sind die Vorboten von Gewalt. Dem vorzubeugen und vor Ort rechtzeitig zu beraten, ist eines der Handlungsangebote von Aktion Schutzschild. Auch wenn es bereits zu gewalttätigen Übergriffen, Vorfällen, physischen Gewaltakten oder ähnlichem gekommen ist, kann Schutzschild unterstützen.

Aktion Schutzschild bietet:

- Informationen zu Lebenssituationen geflüchteter Menschen vor Ort, Handreichungen zur Unterstützung geflüchteter Menschen, Informationen zum Engagements mit und für Flüchtlinge
- Beratung zu Unterbringung, Sicherheit, Bildung und medizinischer Versorgung
- Beratung zu Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Verwaltung
- Vernetzung mit anderen Kommunen, die gute Erfahrungen gemacht haben
- Organisation von Unterstützung der Geflüchteten aus der Nachbarschaft
- Vernetzung von Menschen, die sich engagieren wollen
- Öffentlichkeitsarbeit und Möglichkeiten für Diskussionen
- Vermittlung von Expert/innen für besondere Fragen
- Entwicklung von Leitlinien für Kommunen, wie ein solidarisches Zusammenleben aussehen kann
- Förderung. Manchmal braucht es für einige Aktivitäten auch Geld. Daher können für Projekte vor Ort bei der Stiftung auch Anträge gestellt werden.

AKTION

Flüchtlinge schützen

Initiativen stärken

SCHUTZSCHILD

10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive

Das UN-Flüchtlingshilfswerk spricht von der größten Flüchtlingskatastrophe seit dem II. Weltkrieg: Hunderttausende Menschen sind aufgrund von Krieg, Gewalt, ihrer sexuellen Orientierung, politischer oder religiöser Verfolgung gezwungen ihre Herkunftsländer zu verlassen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine humanitäre Notwendigkeit, Verantwortung aus der deutschen Geschichte und eine rechtliche Verpflichtung nach dem deutschen Asylgesetz.

Die steigenden Flüchtlingszahlen stellen Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen: In Teilen der Bevölkerung finden sich immer wieder rassistische Ressentiments und Vorbehalte gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Wie auch in den 1990er Jahren greifen organisierte Rechtsextreme und Rechtspopulisten diese Stimmung auf und schüren den Hass auf Flüchtlinge weiter. Dass diese Hetze in reale Gewalt umschlägt, zeigt die Chronik flüchtlingsfeindlicher Gewalt der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL: Für das Jahr 2014 wurden 81 körperliche Angriffe, 247 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, davon allein 36 Brandanschläge und über 290 rassistische Kundgebungen gegen Flüchtlinge gezählt.

Dennoch finden wir heute eine andere Situation als in den 1990er Jahren vor: Es gibt zwar wieder vermehrt flüchtlingsfeindliche Gewalt. Gleichzeitig findet sich aber auch in der Gesellschaft eine Vielzahl von Menschen, die sich für eine aktive Willkommenskultur einsetzt. In den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl der Engagierten nach einer Untersuchung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung statistisch verdreifacht.

Wenn es um die konkrete Lebenssituation der Flüchtlinge geht, sind in ganz praktischer Weise vor allem die Kommunen gefordert. Sie stehen deswegen im Zentrum der »10 Punkte für eine kommunale Willkommensoffensive«. Kommunen gestalten entscheidend das gesellschaftliche Klima vor Ort mit. Ein vorausschauendes Handeln der Kommunen ist daher unabdingbar. Denn politische Versäumnisse werden von der Bevölkerung oftmals nicht als Fehlentscheidungen einzelner politisch Verantwortlicher wahrgenommen, sondern führen vielmehr zu Vorurteilen und Hass und letztlich zu Angriffen auf geflüchtete Menschen. Nicht zuletzt deswegen stehen die kommunale Politik und auch die Zivilgesellschaft hier in besonderer Verantwortung.

1. Das Grundrecht auf Asyl

Kommunen müssen unmissverständlich klar machen, dass Asylsuchende und Flüchtlinge willkommen sind. Die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft darf nie zur Debatte stehen. Aber es darf und muss konstruktiv debattiert werden, wie und wo die Flüchtlinge untergebracht, willkommen heißen und integriert werden.

2. Schutz vor Übergriffen

Vielerorts finden sich demokratisch Engagierte, die akute Schutzmaßnahmen (z.B. Mahnwachen, Telefonketten) bei Bedrohungsszenarien vor Flüchtlingsunterkünften ergreifen. Sicherheit und Schutz vor Übergriffen dürfen aber nicht völlig privatisiert werden: Die Polizei muss Sicherheit und Schutz gewährleisten. Insbesondere im ländlichen Raum ist daher eine erhöhte Polizeipräsenz nötig. Gemeinsam mit der örtlichen Polizei, den Betreiberfirmen von Unterkünften, den Flüchtlingsräten, Mobilen Beratungsteams, Opferberatungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort sollten Sicherheitskonzepte und -partnerschaften erarbeitet und vereinbart werden. Zudem sollte gewährleistet werden, dass Polizeibeamte und Securitypersonal weder aktuell noch in der Vergangenheit der rechtsextremen Szene nahe stehen oder durch alltagsrassistische Äußerungen auffallen. Diesen Bedarf zeigen nicht zuletzt die aktuellen rassistischen Äußerungen von Beamten der Bundespolizei in Niedersachsen.

3. Verantwortung übernehmen

Ehrenamtliches Engagement ist wichtig, darf aber nicht die professionelle Sozialarbeit ersetzen. Kommunen sollten hier – unterstützt durch die Länder und den Bund – Verantwortung übernehmen und personelle wie finanzielle Ressourcen für spezialisierte Flüchtlingsberatungen zur Verfügung stellen. Die Beratung sollte dabei auch rechtliche und soziale Fragen umfassen. In strukturschwachen Regionen kann eine derartige Beratung auch durch mobile Teams geleistet werden. Zusammen mit Migrant*innenorganisationen und anderen Initiativen können Erfahrungen geteilt und Willkommensmaterialien mit alltagspraktischen Hilfestellungen und rechtlichen Tipps erstellt werden.

4. Transparenz und langfristige Planung

Die Kommune sollte Anwohnerinnen und Anwohner vor Ort rechtzeitig und sachlich über die Planung neuer Flüchtlingsunterkünfte informieren. Die frühzeitige Einbeziehung und Mitsprache der Bevölkerung kann Vorurteile verhindern und langfristig Akzeptanz schaffen. Vorsicht ist jedoch geboten, wenn antidemokratische Akteure Formen der politischen Beteiligung zur Legitimierung ihrer Ziele nutzen. Deutschland ist dauerhaft eine Einwanderungsgesellschaft: Migrationsbewegungen aus den verschiedensten Gründen und Motiven gehören dazu. Kommunen sollten langfristig kommunale Einrichtungen und Angebote der Regeldienste diesen Realitäten anpassen. Dazu gehören: Integration und Inklusion, interkulturelle Öffnung der Behörden, z.B. Infopapiere in verschiedenen Sprachen.

5. Teilhabe und Flüchtlingsperspektive

Die Kommune sollte sich für eine frühzeitige gesellschaftliche Teilhabe der Flüchtlinge einsetzen – statt die soziale und gesellschaftliche Isolation zu verstärken. Kommunen können niedrigschwellige Möglichkeiten für Flüchtlinge schaffen, sich im Gemeinwesen zu beteiligen und einzubringen. Das können gemeinsame Feste, Sport- und kulturelle Veranstaltungen ebenso wie Wahlen zu Gremien der kommunalen Selbstverwaltung sein. Regelmäßige Sprechzeiten der Kommunalpolitik auch für Flüchtlinge anzubieten, kann ebenso hilfreich sein. Integrationsbeauftragte und -beiräte anderer Kommunen können mit ihren Erfahrungen beratend zur Seite stehen. Gleichzeitig müssen Kommunen aktiv den barrierearmen und diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen, Ausbildung und Arbeit schaffen.

6. Rassismus entgegentreten

Anwohnerinnen und Anwohner frühzeitig in die Diskussion miteinzubeziehen, kann Vorbehalte gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften entkräften: Eine genaue Betrachtung der Situation von Flüchtlingen kann helfen, Vorurteile zu widerlegen. Ängste und

Befürchtungen der Bevölkerung müssen zwar ernst genommen werden, die »Betroffenheit« sollte jedoch nicht im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Bei Vereinnahmungsversuchen durch Rechtsextreme müssen Kommunen rechtzeitig intervenieren und sich offensiv gegen rechtsextreme und rassistische Aufmärsche, Aktivitäten und Parolen stellen. Hier kann auch die lokale Presse einen wichtigen Beitrag leisten. Eine Berichterstattung, die den Fokus auf Willkommensaktivitäten und konkrete Angebote für Flüchtlinge legt, kann einen positiven Effekt haben und die öffentliche Meinung wenden: Von einer ablehnenden Haltung hin zu einer solidarisch geprägten Unterstützungskultur.

7 Zivilgesellschaftliche Willkommensbündnisse unterstützen

Kommunen sollten Willkommensbündnisse unterstützen, indem sie Einrichtungen und Menschen vernetzen, die sich bereits engagieren oder dies tun möchten. So können sie ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit stärken ohne sie zu überfordern. Zivilgesellschaftlichen Willkommensbündnissen sollten kommunale Räume und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Denn die Suche nach geeigneten Räumen für gemeinsame Aktivitäten, kulturelle Veranstaltungen, Internetcafés für Flüchtlinge oder Begegnungs- und Werkstätten ist zeit- und kräftezehrend sowie mit finanziellen Hürden verbunden.

8. Netzwerke ausbauen

Zur effektiveren Vernetzung und Bündelung von Ressourcen sollten Kommunen Schnittstellen zwischen ehrenamtlichem Engagement und beruflich-professioneller Tätigkeit besser gestalten. Dabei können bestehende Netzwerke und Akteure zukünftig stärker und systematischer eingebunden werden: Bereits vor Ort bestehende Infrastrukturen aus Ämtern und öffentlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Migrant*innenorganisationen, Flüchtlingsräten und -initiativen, Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Wohnungsbaugesellschaften und Gewerkschaften sollten als Schnittstellen besser vernetzt, qualitativ weiter entwickelt, ausgebaut und gestärkt werden.

9. Kooperationen mit Wirtschaft und Unternehmen

Wirtschaft und Unternehmen tragen soziale Verantwortung für die Gesellschaft und das Gemeinwesen. Regional haben sie oftmals eine zentrale Bedeutung: Sprechen auch sie sich für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen aus, können sie eine Vorreiterrolle einnehmen und das gesellschaftliche Klima positiv beeinflussen und verändern.

10. Kommunale Selbstverpflichtung

Kommunen sollten eigene Selbstverpflichtungen für eine proaktive Willkommens- und Teilhabekultur und für den effektiven Schutz von Flüchtlingen formulieren und diese nach außen kommunizieren. Geeignete Maßnahmen können Aktionspläne sein, in denen konkrete Handlungsschritte für die eigene Kommune festgelegt werden. So schaffen Kommunen Transparenz und Überprüfbarkeit: Zum einen wird für Anwohnerinnen und Anwohner politisches Handeln nachvollziehbarer und transparenter und zum anderen können Zielvorgaben überprüft werden.

